

Laubers nächste Millionenlast

Pensionskasse Sollen Renten beim Kanton auch künftig nicht sinken, steigen Kosten von 300 auf bis zu 600 Millionen

VON MICHAEL NITTAUS

Da hilft wohl nur noch Galgenhumor: «Für Sie ist das eine gute Schlagzeile und ich habe wieder eine schlaflose Nacht», scherzte Anton Lauber gestern vor den Medien. Dabei weiss der CVP-Finanzdirektor ganz genau, wie ernst die Lage ist, in der sich der Kanton Baselland befindet. Schliesslich präsentierte er Berechnungen, welche Belastung auf das Vorsorgewerk des Kantons zukommt. Damit reagierte Lauber auf die Ankündigung der Basellandschaftlichen Pensionskasse (BLPK) vom Vortag, den technischen Zinssatz per 1. Januar 2018 von 3 auf 1,75 Prozent und den Umwandlungssatz von 2019 bis 2022 in vier Schritten von 5,8 auf 5,0 Prozent zu senken (bz von gestern).

Keine automatische Steuererhöhung

Lauber und seine Finanzexperten gehen davon aus, dass das Vorsorgewerk des Kantons nach dem Zinsschnitt eine Unterdeckung von rund 300 Millionen Franken aufweisen wird. Dies allein, weil den bestehenden Rentnern auch nach der Senkung auf 1,75 Prozent der Zins von 3 Prozent geschuldet wird. Die Formulierung der BLPK, die laufenden Renten seien nicht betroffen, stimmt denn auch nur aus Sicht der Rentner. Für den Kanton ist der Einschnitt massiv - und führt zwingend zu einer Sanierung des Vorsorgewerks.

Wie es der Zufall will, decken sich die 300 Millionen fast mit jenen 289 Millionen Franken, die sich noch in der zu Zeiten der BLPK-Reform gesprochenen Arbeitgeberbeitragsreserve befinden. Automatisch wird diese nun geleert. Da das Geld in der Reserve als Eventualverpflichtung aber immer erst verbucht wird, wenn es auch gebraucht wird, muss der Kanton für die Staatsrechnung 2016 eine entsprechende Rückstellung vornehmen (siehe oberer Kasten). Sollten die 289 Millionen nicht reichen, muss die Vorsorgekommission für den Rest Sanierungsmassnahmen beschliessen. Lauber zeigte sich aber vorsichtig optimistisch, dass sich bis 2018, wenn die Entscheide greifen, die Anlagemärkte etwas erholt haben und höhere Renditen dafür sorgen, dass die 289 Millionen genügen. Und noch etwas betont Lauber: «Es stimmt: Diese Summe belastet unsere Bilanz und wir werden deswegen rote Zahlen haben. Aber sie läuft ausserhalb der Defizitbremse und ist deshalb nicht steuerfussrelevant.»

Spielraum von 50 bis 330 Millionen

Damit ist allerdings erst eine Seite abgedeckt, jene der laufenden Renten. Die Belastung könnte sich noch mehr als verdoppeln, sollte der Landrat beschliessen, dass

300

Millionen Franken rutscht das Vorsorgewerk des Kantons wegen der Senkung des technischen Zinssatzes zirka in die Unterdeckung - allein, weil die laufenden Renten nicht gekürzt werden dürfen. Dies wird die Staatsrechnung 2016 als Bilanzfehlbetrag belasten, der ab 2018 über **20 Jahre à 15 Mio. Franken** amortisiert werden muss. Dieser Betrag kommt zu der bereits von der Reform der BLPK bestehenden Last von 40 Millionen Franken über 20 Jahre hinzu.

VERGLEICH

Muss bald Basel folgen?

Die Pensionskasse des Kantons Solothurn hat erst im Dezember beschliessen, per 1.1.2017 den technischen Zinssatz von 2,5 auf 2,25 Prozent zu senken. Anders sieht es in Basel-Stadt aus: Dort wurde er per 2016 zwar schon gesenkt, aber **bloss von 4 auf 3 Prozent** - also auf das Niveau, das die Baselbieter Experten im heutigen Zinsumfeld für nicht mehr realistisch halten. Zudem besteht bei der PKBS bereits eine Unterdeckung.



Lauber: «Es kann nicht das Ziel des Kantons sein, im Wettbewerb mit anderen Arbeitgebern nicht mehr attraktiv zu sein.» KENNETH NARS

den zurzeit noch berufstätigen Versicherten keine Kürzung der künftigen Renten zuzumuten ist. Ohne Gegenmassnahmen würden die Renten wegen des niedrigeren Umwandlungssatzes nämlich ab 2019 abnehmen - und lägen 2022 um bis zu 14 Prozent tiefer. Würde man dies komplett verhindern und am Leistungsziel von 60 Prozent des versicherten Lohnes festhalten wollen, bräuchte es laut Berechnungen der Finanzverwaltung weitere 330 Millionen Franken. «Hier werden wir aber sicher nicht landen», nahm Lauber die Landratsdebatte vorweg.

Dass er damit wohl nicht falsch liegt, dafür dürften die Bürgerlichen sorgen: «Die volle Beibehaltung des Rentenniveaus ist ausgeschlossen», sagt etwa Landrat Hanspeter Weibel (SVP) auf Anfrage. Das Ziel

müssten möglichst geringe Abfederungsmassnahmen sein. Dabei ist der Spielraum gross: Spricht der Landrat überhaupt kein zusätzliches Geld, würden trotzdem Kosten von 50 Millionen Franken entstehen, dies wegen des Aufwands der gestaffelten Senkung des Umwandlungssatzes.

Mittelweg könnte der goldene sein

Was die Verhandlungen zwischen den Sozialpartnern und die Landratsdebatte nicht einfacher machen wird, ist, dass die BLPK ihren 60 Vorsorgewerken auch erlaubt, sich für einen Umwandlungssatz von 5,4 statt 5,0 Prozent zu entscheiden. Damit würden die Renten maximal noch um 7 Prozent sinken. Dies auszugleichen würde noch gut 150 Millionen Franken kosten. Auch wenn der Kanton für die

«Variante 5,4» Umlagekosten von knapp 8 Millionen bezahlen müsste, war gestern spürbar, dass Lauber für die Regierungsvorlage, die bis im Sommer 2017 vorliegen soll, zu diesem Vorschlag tendiert.

Denn etwas machte er deutlich: «Es kann nicht das Ziel des Kantons sein, im Wettbewerb mit anderen Arbeitgebern nicht mehr attraktiv zu sein.» Sonst könnten Abgänge drohen. Auch eine Pensionierungswelle wolle man verhindern. Die Vorlage, die als eigenes Projekt von der Finanzverwaltung unter Einbezug der Personalverbände, externen Experten und zwei Gemeindevertretern erarbeitet wird, müsse mehrheitsfähig sein. Das muss sie tatsächlich, denn zumindest über Teile davon entscheidet am Ende das Basellbieter Stimmvolk.

NACHRICHTEN

ARBOLDSWIL

Auto überschlägt sich und landet im Bachbett

Am Donnerstag ereignete sich gegen 17 Uhr in Arboldswil auf der Bubendörferstrasse ein Selbstunfall. Das Auto einer 22-jährigen Lenkerin geriet von Bubendorf herkommend auf der vereisten Strasse ins Schleudern und rutschte in das linksseitige Bachbett, wobei es sich einmal überschlug, teilt die Baselbieter Polizei mit. Verletzt wurde niemand. Das Fahrzeug erlitt dabei einen Totalschaden und musste durch ein Abschleppunternehmen aus dem Bach geborgen, und abtransportiert werden. (BZ)

WINTERHILFE

Roland Plattner löst Michael Schwarz ab

Am 1. Januar hat Roland Plattner aus Reigoldswil von seinem Vorgänger, Michael Schwab aus Liestal, das Amt des Präsidenten der Winterhilfe Baselland übernommen. Der ehemalige Pfarrer Schwab ist der Winterhilfe 13 Jahre vorgestanden. Sein Nachfolger Plattner leitet die Stabsstelle Kirchen- und Gemeindeentwicklung der Reformierten Kirche Baselland. Ziel der Winterhilfe Baselland sei es, im Baselbiet wohnende Men-

schen in finanziellen Notsituationen zu unterstützen, teilt die Organisation mit. Im vergangenen Jahr seien 302 Hilfsge-suche eingegangen. Die Winterhilfe kritisiert in ihrer Mitteilung, in der Schweiz sei jede achte Person armutsgefährdet. Digitalisierung und Industrie 4.0 besässen das Potenzial, diese Situation noch zu verschärfen. (BZ)

AESCH

Interimistische Leitung für das Altersheim «Im Brüel»

Der Stiftungsrat des Alterszentrums «Im Brüel» teilt mit, dass seit Jahresbeginn Hanspeter Tschopp interimsmässig als Geschäftsführer verpflichtet wurde. Tschopp habe vorher 24 Jahre lang das Zentrum für Pflege und Betreuung «Mülmat» in Sissach geleitet. Seine Anstellung verschaffe dem Stiftungsrat die nötige Zeit, einen geeigneten Geschäftsführer zu rekrutieren. Der vormalige Geschäftsführer Abraham Guggenbühl war im November per sofort entlassen worden. Er war jahrelang in der Kritik gestanden und die Gewerkschaft Unia hatte sogar eine Demonstration gegen ihn organisiert. Unter anderem wurde ihm vorgeworfen, die Stimmung unter dem Personal sei aufgrund von Lohnsenkungen miserabel. (BZ)

BOTTMINGEN

Tote Hunde bitte der Gemeinde melden

Alljährlich würden tote Hunde erst nach dem Versand der Hundesteuerrechnung der Gemeinde gemeldet, moniert die Gemeindeverwaltung Bottmingen und fordert dazu auf, den Tod des vierbeinigen Lieblings rechtzeitig zu melden, damit die Gemeinde die entsprechende Mutation im Hunderegister vornehmen und eine falsche Rechnungsstellung vermeiden könne. Zudem müsse der Tod des Hundes zwingend auch der Schweizer Hundedatenbank Amicus gemeldet werden. (BZ)

KORREKT

Das Mehrheitsverhältnis war deutlicher

Die Baselbieter Grünen haben an ihrer Mitgliederversammlung vom Donnerstagabend die Nein-Parole zur Unternehmenssteuerreform III mit 18 zu 6 Stimmen gefasst; und nicht mit 14 zu 6, wie in der gestrigen bz fälschlicherweise geschrieben stand. Die Grünen sagten zudem deutlich Ja zum Bundesbeschluss über die erleichterte Einbürgerung sowie ebenso deutlich Nein zur neuen Strassenfinanzierung NAF. (BOS)



Rutschpartie Glück im Unglück hatte am Donnerstag zur Mittagszeit eine 21-jährige Frau in Reigoldswil. Sie zog sich bei einem Selbstunfall auf der schneebedeckten Ziefenstrasse nur leichte Verletzungen zu. Die junge Autolenkerin geriet mit ihrem Fahrzeug in einer Linkskurve ins Rutschen. Als sie einem entgegenkommenden Auto ausweichen wollte, stiess ihr Wagen gegen das Strassenbord, überschlug sich und landete wieder auf den Rädern. ZVG/POLIZEI BL